
Vom Sachzwang überwältigt?

Rezension von: Günther Chaloupek (Hrsg.), *Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang. 50 Jahre Kautsky-Kreis als Diskussionsforum für Wirtschaftspolitik 1960-2010*, Leykam, Graz 2011, 134 Seiten, € 16,40.

Der Kautsky-Kreis ist fünfzig Jahre alt geworden, und so lange war er – mit wechselnden Formen und Inhalten – auch immer als Vordenker auf der linken Arbeitnehmerseite bekannt und beachtet. Seine Beratungen waren auch für die Arbeitgeberseite stets ein wichtiger Indikator dafür, mit welchen Ideen und Forderungen man sich in Zukunft wohl würde auseinandersetzen müssen. Zu einer seiner Veranstaltungen als Redner eingeladen zu werden, bedeutete auch für Bürgerliche wie den Rezensenten stets eine Ehre, waren doch das Niveau der Veranstaltungen und die Wahrscheinlichkeit, von politischen Entscheidern angehört zu werden, überdurchschnittlich hoch. Dort bestehen zu können, erhöhte auch die Reputation in den eigenen, oft von divergenten Interessen getragenen Reihen.

Die von Günther Chaloupek zum 50. Geburtstag herausgegebene Publikation „Wirtschaftspolitik zwischen Weltanschauung und Sachzwang“ gibt mit einer Reihe von Berichten und einer ausführlichen Dokumentation über Referenten und Themen der Veranstaltungen einen ausgezeichneten Überblick über die Entwicklung des Kautsky-Kreises. Die Berichterstatter (Chaloupek, Kienzl, Rieger, Schediw und Sperlich) sind nicht nur als langjährige Funktionäre des Arbeitskreises, son-

dern als feste Größen in der österreichischen Wirtschaftspolitik ausgewiesen. Für Qualität ist also gesorgt.

Die Jubiläumsschrift bietet u. a. einen zeitgeschichtlich sehr interessanten Einblick in das intellektuelle und organisatorische Umfeld wirtschaftspolitischen Denkens und Handelns der Arbeitnehmerseite in den 50er- und 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts. Organisatorisch standen der „Volkswirtschaftliche Arbeitskreis des ÖGB“ und der Wunsch nach einer „staatlichen Wirtschaftskommission“ zur Absicherung des gesamtwirtschaftlichen Einflusses des ÖGB (Kienzl), der nicht in Erfüllung ging, Pate. Der Kautsky-Kreis, aber auch der „Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen“ auf Sozialpartnerebene sollten als unvollkommener Ersatz dienen.

Inhaltlich war der Kautsky-Kreis wohl auch der Versuch, die wenigen damals in Österreich vorhandenen Experten mit „modernen“ wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnissen zu sammeln (Rieger). „Modern“ war damals (und ist es in Teilaspekten wohl heute wieder) der Keynesianismus in der klassischen Synthese – von der bürgerlichen Seite damals (und heute manchmal wieder) als Vorhof des Bolschewismus bekämpft. Über die gleichzeitige Existenz einer modernen bürgerlichen Wirtschaftstheorie wird in der Jubiläumsschrift nicht berichtet, wohl aber, dass in der „Mittwoch-Ökonomenrunde“ (Rieger bezeichnet sie als Kreis von mit der modernen Wirtschaftstheorie vertrauten Ökonomen) u. a. auch Stephan Koren sen. Mitglied gewesen sei, der sich wohl primär als Ordoliberaler – einer zum Keynesianismus konträren zeitgenössischen Denkrichtung – verstand. Chaloupek merkt an einer Stelle auch an, dass der marxistische Ein-

fluss im Kautsky-Kreis mittlerweile verschwunden sei, was aber schließen läßt, dass er in frühen Zeiten des Kautsky-Kreises auch eine gewisse Rolle neben dem Keynesianismus gespielt haben muss.

Um die Motive zur Gründung des Kautsky-Kreises und der Mittwoch-Ökonomenrunde umfassend zu verstehen, wird zu Recht auch darauf hingewiesen, dass an den Universitäten und Hochschulen Ökonomie wenig oder ganz unzulänglich und mit wenig Bezug zur neueren Theorie gelehrt wurde. Das moderne ökonomische Denken kam erst mit den Heimkehrern aus der Emigration nach Österreich, und diese und deren Schüler wurden lange Zeit von den Universitäten ferngehalten. Die institutionelle Basis der Vertreter der modernen Theorie waren Arbeiterkammer, ÖGB und WIFO. Das WIFO als stark von den Sozialpartnern getragene Institution und die Sozialpartnerschaft selbst wieder wirkten als Scharnier zur Bundeswirtschaftskammer, wo sich im Generalsekretariat eine Reihe junger Referenten mit dem Keynesianismus in distanzierter Freundlichkeit beschäftigten, ohne die neuere Entwicklung der liberalen Theorie (die späten Schriften Hayeks wurden erst damals in Österreich rezipiert – ich lernte sie ironischerweise durch Egon Matzner kennen) zu ignorieren.

Der Kautsky-Kreis wurde aber auch mit der Absicht gegründet, konkrete Konzepte und Lösungsvorschläge für Fragen der Wirtschaftspolitik zu erarbeiten. Charakteristisch für die Aktivitäten des Kautsky-Kreises war dabei, dass man sich damals nicht damit begnügte, Vorschläge für einzelne Bereiche und Probleme isoliert zu entwickeln, sondern Politikempfehlungen in einem umfassenden, möglichst konsis-

tenten Gesamtkonzept zu präsentieren. Mikro- und makroökonomische Überlegungen wurden dabei gleichermaßen einbezogen – eine Novität. Das französische System der „Planification“ diente mit seiner disaggregierten Betrachtungsweise in gewissem Maße als Vorbild. Dies ist wenig verwunderlich, war doch ein erheblicher Teil der österreichischen Wirtschaft verstaatlicht. Er wurde von den Gewerkschaftern und Arbeiterkammerern als „ihre Unternehmen“ (so eine führende AK-Mitarbeiterin zum Autor) betrachtet, für die man Planungsverantwortung fühlte.

Wichtige Zäsuren in den 70er- und frühen 80er-Jahren waren für den Kautsky-Kreis wohl die Ära der SPÖ-Alleinregierung, die Energie- und die damit zusammenhängende Wachstumskrise sowie der Niedergang der verstaatlichten Industrie. Eine „neue Unübersichtlichkeit“ war gegeben. Mit ihr änderten sich die inhaltlichen Schwerpunkte: Nicht mehr umfassende Konzepte, sondern die Behandlung von Einzelthemen, deren Ergebnisse dann in den Regierungsprozess eingebracht wurden, standen im Vordergrund. Im Gegensatz zur Gründungsphase des Kautsky-Kreises rangierte nun in gewisser Weise Pragmatismus vor weltanschaulicher Fundierung – ein Spannungsfeld, auf welches schon der Titel der Jubiläumsschrift Bezug nimmt.

Die 90er-Jahre brachten den Zusammenbruch des Kommunismus im Osten, den Übergang zu marktwirtschaftlichen Ordnungen in den betroffenen Ländern (oft nach angelsächsischem Vorbild), eine Globalisierung der Märkte, eine vertiefte europäische Integration mit entsprechendem Souveränitätsverlust der Mitgliedsländer, Öster-

reichs Mitgliedschaft in dieser EU, primär von der deutschen „Wiedervereinigung“ ausgehende makroökonomische Ungleichgewichte und Turbulenzen sowie auf wirtschaftspolitischer Ebene einen durchgängigen Sieg des neoklassischen *Mainstream* – eine Entwicklung, die das vom Kautsky-Kreis vertretene Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell tiefgreifend in Frage stellen musste.

Als Reaktion darauf könnte man eine Identitätskrise erwarten, auch eine Radikalisierung wäre denkbar, Resignation ist aber auch eine mögliche Reaktion. Betrachtet man die Tagungsprogramme dieser Zeit, aber auch jene der Phase der „sieben finsternen Jahre nach der schwarz-blauen Wende“ (Chaloupek), so sind sie ein thematisch kaum verzerrtes Spiegelbild dieser „wilden“ Zeit. Sollte es unter den Tagungsteilnehmern eine Aufgeregtheit gegeben haben, so hat das den traditionell nüchternen und seriösen Stil der Programmgestaltung wenig verändert und vermittelt sich so dem Leser kaum. Günther Chaloupeks Beitrag zur Festschrift lässt diesbezüglich jedoch einiges erahnen. Insgesamt aber entsteht letztlich doch der Eindruck einer gewissen Resignation.

Dem externen Beobachter, der sich allerdings nur auf die Vortragstitel in den Tagungsprogrammen stützen kann, drängt sich der Eindruck auf, dass die im Kautsky-Kreis durchaus stattgefundene Kritik der Neoklassik nicht ganz so fundamental und innovativ erfolgte, wie sie es verdiente. Doch Titel und Namen sind Schall und Rauch. Vielleicht erfolgte im Sitzungssaal doch Entsprechendes. Schade wäre es, wenn dies dann in der Jubiläumsschrift nicht ausreichend besprochen worden wäre.

Symptomatisch für diese Zeit ist wohl die von Chaloupek berichtete und letztlich auch beklagte Entfremdung zwischen politischen Funktionären und ökonomischen Experten. Unklar bleibt, ob er damit auch eine weltanschauliche Entfremdung meint, etwa in der Weise, dass die Politiker den Pragmatismus weiter trieben als die Experten, vielleicht auch dass manche ehemals in Stil und Inhalt feurige Linke des Kautsky-Kreises nun zu ebenso feurigen Managern in der Privatwirtschaft und hohen Beamten in EU-Institutionen mit den dazu gehörenden beruflichen und privaten Insignien mutierten und die Tagungen des Kautsky-Kreises möglicherweise eher als Veteranentreff denn als weltanschauliche Selbstfindungsbemühung besuchten. Politische Gallionsfiguren auf dem „dritten Weg“ wie Blair, Schröder, vielleicht auch Gusenbauer müssen für links gebliebene Linke wohl demotivierend gewirkt haben.

Angedeutet, aber kaum ausgeführt wird eine weitere zu dieser Zeit laufende Entfremdung, nämlich jene zwischen ökonomischen Experten in der Politikberatung und solchen an den Universitäten. Zwei Entwicklungen haben m. E. zu dieser Entfremdung geführt. Zum einen zwingt heute die Karrierelogik den universitären Ökonomen in einen ausschließlich auf die Veröffentlichung in Fachjournalen ausgerichteten Modellplatonismus, der mit der Wirklichkeit kaum noch Berührungspunkte hat bzw. methodisch in die Nähe der Naturwissenschaften führt, was wahrscheinlich einen fatalen Irrweg darstellt. Zum anderen aber hat sich der neoklassische *Mainstream* zumindest im deutschen Sprachraum mit dem Totalitätsanspruch, im Besitz der alleinigen Wahrheit zu sein, praktisch

ein Monopol gesichert. Abweichende Meinungen erhalten keinen Zugang. Monopole aber sind immer schlecht – übrigens gerade im Modell des neoklassischen *Mainstream*.

Praktisch unerwähnt bleibt in der Jubiläumsschrift eine weitere Entfremdung, nämlich jene der ökonomischen Experten von der Empirie. Natürlich arbeitet man auf der Basis von Daten, aber Datenkritik findet immer weniger statt. Oft ist auch die Menge der angebotenen Daten und die Kapazität der zur Verfügung stehenden Computer umgekehrt proportional zur Qualifikation und zum Willen der Experten, die relevanten Daten zu selektieren und diese dann richtig zu interpretieren. Wirtschaftsforschungsinstitute sind nicht frei von dieser Erscheinung. Oft ist dort aber auch der Wunsch nach Einwerben möglichst vieler Drittmittel Vater einer einseitig selektiven Datenauswahl und Analyse im Sinne des Auftraggebers. Wie sagt Frank Stronach: „Wer das Gold hat, macht die Regel.“

Die Geschichte der letzten eineinhalb Jahrzehnte ist auch die Geschichte weittragender Fehldiagnosen der Wirtschaftsforschung in Instituten und internationalen Organisationen. Man denke hier daran, dass nach der Millenniumswende den europäischen Staaten das Wachstum der USA als Vorbild für Wettbewerbsfähigkeit zur Nachahmung empfohlen wurde. Tatsächlich handelte es sich um eine Blase auf Basis einer „privatisierten keynesianischen Schuldenpolitik“ im Immobilienmarkt. Die Daten dazu waren von Anfang an verfügbar, die richtige Interpretation aus durchsichtigen Gründen aber unerwünscht. Heute leiden Europa, Amerika und die halbe Welt darunter. Es wäre doch eigentlich im Interesse der Linken gewesen, auf diese feh-

lerhafte Diagnose hinzuweisen, wurde sie doch u. a. dazu verwendet, Lohnforderungen abzuwenden und Sozialstandards zu senken. Tatsächlich war es vor allem Gerhard Schröder, der damit seine Reformpolitik begründete, mit der er möglicherweise dazu beitrug, Europa in die gegenwärtige Schieflage zu bringen.

Man könnte meinen, dass in einer globalisierten Welt mit ungleicher Machtverteilung der politische Handlungsspielraum in einem kleinen Land und dieses Landes in der Welt notwendigerweise beschränkt und oft unbewusste resignative Anpassung daher berechtigt sei. Ist es also doch das Sein, dass das Bewusstsein bestimmt? Gibt es aber nicht genug Beispiele, dass Ideen aus einem kleinen Beginn ohne eigene Machtbasis große Wirkungsmacht erlangten? Die Phase, in der man mit dem Sieg des Neoliberalismus vom „Ende der Geschichte“ ausging, nach dem politische Visionen tatsächlich nur mehr eine Krankheit sein konnten, ist vorbei – der gegenwärtigen Krise sei Dank. Der Streit der Ideen ist wieder gefragt. Egal wo man weltanschaulich selbst steht, ist zivilisierter Streit immer besser als die Totestille einer Meinungsdictatur. Auch ein Sandkorn kann eine Lawine auslösen. Resignation ist nicht mehr nötig. Der Streit muss allerdings internationalisiert werden. Für den Kautsky-Kreis könnten sich daraus neue interessante Perspektiven ergeben. In diesem Sinne wünsche ich dem Kautsky-Kreis alles Gute zum Jubiläum und Mut, sich auf einen neuen, auch auf die internationale Ebene getragenen Streit einzulassen.

Werner Teufelsbauer